

4027 /J

02. März 2006

**ANFRAGE**

des Abgeordneten Keck,  
und GenossInnen

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur  
betreffend „Aussage des Amtsführenden Präsidenten des Landes Schulrates für Oberösterreich  
Fritz Enzenhofer“

Ende Jänner 2006 fand man zahlreiche Berichte vor allem in den oberösterreichischen Tageszeitungen über die angebliche Forderung dreier Väter an die Klassenlehrerin einer Linzer Volksschule ein Kopftuch zu tragen. Es gab danach unterschiedlichste Kommentare zu den Vorkommnissen. Auch der Amtsführende Präsident des Landesschulrates für Oberösterreich hat in den Medien seine persönliche Meinung zu diesem Thema verlautbart.

Eine in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 24. Jänner 2006 zitierte Aussage von Hrn. Präsidenten Fritz Enzenhofer lautete: „Meist kommen die Väter aus extremistischem Milieu und sind – wie auch im aktuellen Fall – dem Verfassungsschutz bekannt.“

Diese Aussage ist schwerwiegend, und wird dadurch verstärkt, dass sie vom Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates für Oberösterreich, der für den gesamten Schulbereich des Landes Oberösterreich zuständig ist, getätigt wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher nachstehende Anfrage an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

**Anfrage**

1. Entspricht die in den „OÖ Nachrichten“ vom 24. Jänner 2006 zitierte Aussage des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates für Oberösterreich über die drei Väter dem Erkenntnisstand des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur und der zuständigen Sicherheitsbehörden?
2. Woher stammen diese Informationen über die drei Väter?
3. Wenn diese Aussage nicht dem Erkenntnisstand des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur und den zuständigen Sicherheitsbehörden entspricht, welche Handlungen werden von Ihnen Frau Bundesministerin als Dienstaufsichtsbehörde gesetzt, wenn hohe Entscheidungsträger/derartige unüberprüfte Aussagen tätigen?

